

Beschluss (vorläufig)

Renaissance des Atomwiderstands – Wir sind vorbereitet!

Mit der Aufkündigung des Atomkonsenses durch Schwarz-Gelb wird der unter Rot-Grün befriedete gesellschaftliche Konflikt um die Atomkraft neu angefacht. Union und FDP formulieren in ihren Koalitionsverhandlungen eine Kampfansage an die Umweltbewegung, die Anti-Atom-Bewegung, die Erneuerbare Energien-Branche und somit an uns Grüne.

Nach dem Willen der neuen Regierungsparteien sollen störanfällige Altreaktoren länger laufen und damit Mensch und Umwelt länger gefährden dürfen. Das ungelöste Atommüllproblem würde weiter vergrößert, die Umsetzung modernerer Sicherheitsstandards blockiert. Statt einer ergebnisoffenen Suche nach dem besten Endlager will Schwarz-Gelb die politisch motivierte Vorfestlegung auf den Salzstock in Gorleben fortschreiben, trotz des Desasters im absaufenden Salzbergwerk Asse II. Und auf dem Energiemarkt droht die Zementierung der marktbeherrschenden Stellung der Atomkonzerne zulasten neuer Wettbewerber und der Erneuerbaren Energien.

Wenn die neue Regierungskoalition den Atomausstieg aufkündigt, gefährdet sie hunderttausende von Arbeitsplätzen, die im Bereich der Effizienztechnologie, im Maschinenbau, beim Handwerk und bei kleinen und mittelständischen Unternehmen der Erneuerbaren Energien bereits entstanden sind oder entstehen würden, wenn ihnen Planungssicherheit gewährt würde.

Deutschland wird Opfer eines schmutzigen Atom-Deals: einerseits Laufzeitverlängerungen und Milliardenprofite für die Atomkonzerne, andererseits ein mit einem Bruchteil dieser Gewinne ausgestatteter Fonds, mit dem die Atomkonzerne ihre Erneuerbare-Energien-Sparte und ihre CCS-Projekte päppeln. Das Geld wandert also nur von der linken in die rechte Tasche der Energiekonzerne. Verlierer sind die Erneuerbaren Energien, der Energiewettbewerb und die Verbraucherinnen und Verbraucher. Zusätzlich sollen die Konzerne weiterhin Gewinne einstreichen, und die rasant steigenden Lasten der atomaren Vergangenheit, wie marode Endlager, Forschungseinrichtungen, Uranbergbau u.a. werden mit Milliardenbeträgen dem Steuerzahler aufgebürdet.

Das Gerede von der Atomkraft als „Brückentechnologie“ entbehrt jeder Glaubwürdigkeit. Im Bundeswirtschaftsministerium und Bundesforschungsministerium werden längst Pläne für den Neubau von Atomkraftwerken geschmiedet. Und über EURATOM unterstützt die Bundesregierung sogar die Entwicklung von Atomreaktoren. Nach Willen von Union und FDP soll die Atomkraft dauerhaft eine zentrale Säule der Energieversorgung in Deutschland sein.

Für diese Politik des atomaren Rückschritts gibt es keine gesellschaftliche Mehrheit in unserem Land und dafür können Merkel und Westerwelle nach ihrem inhaltsleer geführten Wahlkampf auch kein Mandat der Wählerinnen und Wähler beanspruchen!

Den schwarz-gelben Plänen für eine Renaissance der Atomkraft setzen wir eine Renaissance des Widerstands entgegen. Die großen Anti-Atom-Demonstrationen in Gorleben und Berlin waren nur der Anfang! Gemeinsam mit Umweltverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen, kri-

tischen Wissenschaftlern und Gleichgesinnten im ganzen Land werden wir den geplanten Ausstieg aus dem Atomausstieg auf allen Ebenen bekämpfen – in den Parlamenten, vor Ort an den AKW-Standorten und auf der Straße.

Risiko-Reaktoren abschalten!

Während Union und FDP die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke rühmen, zeigen die bis heute über 5.000 Zwischenfälle in deutschen Atomkraftwerken und zuletzt die Pannenserie im Atomkraftwerk Krümmel eine ganz andere Wirklichkeit. Sieben Atomkraftwerke sind gegen Flugzeugabstürze nicht wirksam geschützt. Für acht AKWs hat die Reaktor-Sicherheitskommission festgestellt, dass eine Katastrophe droht, wenn bei einem Leck des Kühlsystems abgetrenntes Isoliermaterial die Notkühlpumpen verstopft (Sumpfsieb-Problem). Den Nachweis, das Problem im Griff zu haben, haben die Betreiber und die zuständigen Landesaufsichtsbehörden bis heute nicht oder nur unzureichend erbracht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- die sieben nicht wirksam gegen Flugzeugabstürze gesicherten Atomkraftwerke so schnell wie möglich stillzulegen;
- die vom Sumpfsieb-Problem betroffenen Atomkraftwerke sofort vom Netz zu nehmen, bis das Problem nachweislich behoben ist;
- Krümmel endgültig stillzulegen und Vattenfall die Betriebserlaubnis für Atomkraftwerke wegen Unzuverlässigkeit zu entziehen;
- das verschärfte kerntechnische Regelwerk umgehend in Kraft zu setzen, damit die verbliebenen Atomkraftwerke nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik betrieben werden;
- dass die Pläne von deutschen Stromkonzernen, in Osteuropa Billigmeiler mit schlechten Sicherheitsstandards zu bauen, unterbunden werden. Dafür sollte die EU-Kommission unverzüglich einen Vorschlag für einheitliche, strengste und verbindliche Sicherheitsanforderungen für alle Atomanlagen in der Europäischen Union vorlegen, welche den Stand von Wissenschaft und Technik umsetzen.

Neustart bei der Endlagersuche

Bereits die Auswahl von Gorleben war, wie die Auswahl der Asse, eine stark politisch motivierte Entscheidung, die gegen den Rat der Geologen erfolgte. Die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Kohl ließ dann 1983 ein entscheidendes Gutachten zum Salzstock Gorleben gezielt manipulieren. Sicherheitsbedenken der Experten wurden bewusst herausgestrichen. Unter dem Deckmantel der Erkundung wurde dann mit dem Bau eines Endlagers rechtswidrig begonnen. Merkel und Westerwelle bauen auf dem atompolitischen Lügengebäude ihrer schwarz-gelben Vorgänger auf. Sie ignorieren die aktuellen Erkenntnisse und halten unbeirrt an einem Endlager Gorleben fest. Sie verhindern damit, dass Lehren aus Asse gezogen werden und sie verhindern ein geordnetes, allein an Sicherheit orientiertes Endlagersuchverfahren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- die Vorgänge bei der Auswahl, Erkundung und dem Bau des Endlagers in Gorleben in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages aufzuklären und dabei auch die skandalösen Vorgänge in den bereits in Betrieb befindlichen Endlagern Asse und Morsleben zu untersuchen;

- eine ergebnisoffene, vergleichende Endlagersuche für alle Arten von Atommüll durchzuführen, welche die Empfehlungen der unter Rot-Grün eingesetzten Expertenkommission zur Endlagersuche (AK End) umsetzt;
- dieser vergleichenden Suche eine systematische wissenschaftliche Diskussion voranzustellen, welche die Erfahrungen in der Asse systematisch auswertet und insbesondere die Fragen zur mangelhaften Prognosefähigkeit, zu Vor- und Nachteilen der Rückholbarkeit und zur Eignung von Salz neu bewertet;
- in allen Entscheidungen und Verfahren zur Endlagerung (Asse, Morsleben, Schacht Konrad, Endlagersuche) Transparenz und Partizipation zu einem Leitmotiv zu machen;
- den Standort Gorleben aufzugeben, weil er geologisch nicht geeignet und politisch verbrannt ist.

Erneuerbare statt Atom

Jede zusätzliche Kilowattstunde Atomstrom schränkt die Marktchancen von Wind-, Sonnen- oder Biomassestrom ein. Schon heute stehen zeitweise Windkraftanlagen still, weil die großen Mengen des dreckigen Atom- und Kohlestroms den Ausbau der Erneuerbaren Energien behindern. Mit der Laufzeitverlängerung wird das Problem verschärft. Die Folge: Investitionen in die Erneuerbaren werden behindert, zehntausende Arbeitsplätze gefährdet und der Klimaschutz bleibt auf der Strecke.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- Fortsetzung der erfolgreichen Förderung aller Erneuerbaren Energien nach dem EEG und Wiedereinführung des Vermarktungsgebotes für den EEG Strom.
- Festhalten an der Vorrangregelung für Strom aus Erneuerbaren Energien.

Fairer Wettbewerb statt Milliarden für die Konzerne

Aufbau und Betrieb der Atomkraftwerke wurden bereits mit über 160 Mrd. Euro Steuermittel subventioniert. Längere AKW-Laufzeiten sichern den Atomkonzernen weitere Zusatzeinnahmen von 1 Mio. Euro pro Tag und Reaktor – zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Strom weiterhin teurer wird, wie die gerade beschlossenen Preiserhöhungen zeigen. Die Vormachtstellung der Atomkonzerne, von diesen weitgehend zur Verbesserung der Unternehmensgewinne genutzt, ist längst nicht mehr zeitgemäß, denn sie steht einer Erneuerung des Energiemarktes in Deutschland, durch Dezentralisierung, diametral entgegen..

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- Einführung einer Brennelementesteuer, mit der die externen Kosten der Atomwirtschaft auf die Konzerne übertragen werden;
- Übertragung der Stromnetze aus der Hand der Konzerne in eine unabhängige Netzgesellschaft, mehrheitlich in öffentlicher Hand;
- eine Versicherung für alle Atomkraftwerke, die auch die maximale Schadenshöhe abdeckt;
- Übertragung der Rückstellung der Atomwirtschaft in einen öffentlich kontrollierten Fonds;
- unverzügliche Herstellung von Datentransparenz bezüglich der gegenwärtigen und zukünftigen Versorgung mit Uran, genauso detailliert wie bei Kohle, Öl und Gas. Dann

wird deutlich, dass Deutschland beim Uran zu 100% importabhängig ist, auch aus instabilen Herkunftsländern.

Wir werden nicht nachlassen, die Atomlügen der Energiekonzerne und ihrer politischen Helfershelfer öffentlich zu entlarven und zu widerlegen. Wir werden den Kampf aufnehmen gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg und für eine verantwortbare, klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland – gemeinsam in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis.

Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atomkraft. Deshalb werben wir für einen weltweiten Atomausstieg. Insbesondere wollen wir den EURATOM-Vertrag aufheben, die Förderung der Atomkraft durch IWF und Weltbank beenden und der staatlichen Finanzierung und Absicherung von Atomgeschäften einen Riegel vorschieben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung, den Export von Atomtechnologie wieder über staatliche Hermesbürgschaften abzusichern. Damit wird die Initiative von US-Präsident Obama zur vollständigen weltweiten atomaren Abrüstung konterkariert. Denn die Gefahr des militärischen Missbrauchs ist von der zivilen Nutzung der Atomkraft nicht zu trennen.